



Medienkonferenz

Medienkonferenz zur eidgenössischen Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» vom 22. März 2021

Referat von Martin Ott,

Experte und Ausbilder
Bio- und Demeter-Landbau

Es gilt das gesprochene Wort.

Warum ich für die Trinkwasserinitiative einstehe:

Vor rund 40 Jahren befand ich mich als Junglandwirt in der Landwirtschaftlichen Ausbildung. Der damalige Schulleiter, Walter Elmer in Wetzikon, erklärte uns, wieviel Futtermittel pro Jahr in die Schweiz importiert werden. Er rechnete es in Güterwagen um und sagte, es ergebe einen Güterzug von ca. 160 km Länge pro Jahr. Es ist mir noch sehr präsent, wie er sich dabei Sorge um die Böden machte, da in jedem Futtersack ein halber Düngersack stecke.

Damals sprach man noch nicht laut von den konkreten Folgen: von Seebelüftungen, Nitrosaminen im Trinkwasser, Erosionsproblemen, zurückgehender Kohlenstoffbindungsfähigkeit der Böden und Lachgasemissionen aus Stickstoffüberschüssen, Klimawandel, galoppierendem Verlust von Biodiversität. Die Futtermittelimporte in unseren Lebensraum Schweiz sind gegenüber damals noch einmal explodiert. Inzwischen sind es nach vorsichtigen Schätzungen der landwirtschaftlichen Forschungsanstalten 100 000 Tonnen reiner

Stickstoffüberschuss, Überschuss heisst, dass unsere Böden ihn nicht halten können. Das geht jedes Jahr in die Luft und ins Wasser.

In aussergewöhnlichen Situationen ist es wichtig, einen Schritt zurück zu stehen und die Zeichen der Zeit, den Ruf der Natur zu erkennen. Dieser heisst nicht *mehr* Futtermittelimporte, sondern weniger. Und keine dauernde zusätzliche Belastung der Böden mit Antibiotika und Pestiziden. Der natürliche Ausgleich zwischen Tierzahl und Futterfläche ist für die Bodenbildung zentral. So ist guter Boden entstanden, indem seit Jahrmillionen eine richtige Anzahl Grasfresser, die der Boden ernähren konnte, gleichzeitig ihren Dünger darauf ablegten.

Die Trinkwasserinitiative erhebt die Forderung, die inzwischen tausendfach geprüfte Praxis des Biolandbaus zum Standard und zur Bedingung für eine staatliche Förderung zu machen. Nicht mehr und nicht weniger. Die Landwirtschaft und die

Politik haben dann 8 Jahre Zeit, die Verfassungsinitiative klug und mit der notwendigen Sorgfalt gegenüber der standortgemässen Bewirtschaftung und Anwendung zu legitimieren. Die Bäuerinnen und Bauern, die Nahrungsmittelindustrie, der Handel und die Konsumentinnen und Konsumenten haben 8 Jahre Zeit, ihre gewachsenen Sachzwänge den Vorgaben der Natur anzupassen.

Heute leite ich selbst eine landwirtschaftliche Schule, die eine landwirtschaftliche Lehre und eine Fachausbildung anbietet. Ich bin froh und stolz, mit meinen Fachstudentinnen und Lernenden mitzuhelfen, an der Zukunft zu arbeiten. Die Notwendigkeit kündete sich schon lange an.

Eine Studentin sagte kürzlich: «Wir sind so wohlhabend, dass wir uns die Früchte und Erträge aller Felder der Welt hierher transportieren können, um unsere Tiere zu füttern. Wir sind aber so klug, den Fehlanreizen jetzt ein Ende zu setzen. Das Trinkwasser ist noch wertvoller.»